

## Artikel aus der BSZ vom 21.03.2025

Abstimmung im Bundestag über die Reform der Schuldenbremse. Friedrich Merz und der Parlamentarische Geschäftsführer Thorsten Frei. FOTO: DPA/MICHAEL KAPPELER

In der Union sind viele erleichtert. Der alte Bundestag hat das Megaschuldenpaket in Höhe von einer Billion Euro diese Woche abgesegnet. Doch hinter den Kulissen brodelte es. Auch in Bayern. Diverse CSU-Leute sind sauer, weil sie der empörten Basis den Meinungsschwenk erklären müssen. Denn natürlich steht der Kanzler in spe Friedrich Merz (CDU) als Umfaller da. Viele Menschen sprechen von Wahlbetrug. Vor der Bundestagswahl hatte die Union stabile Staatsfinanzen versprochen und sich neuen Schulden kategorisch verweigert. Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger spottet, die Unions-Oberen zeigten die Glaubwürdigkeit von „Heiratschwindlern“.

Tatsächlich ist es dreist, dass die künftigen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD die Wahllüge mit einer veränderten Weltlage wegen Putin und Trump rechtfertigen. Die Weltlage hat sich rund um den Wahltag keineswegs verändert. Trumps Unberechenbarkeit war ebenso bekannt wie Putins Kriegslust.

Die Quittung gab es bereits über Umfragen: Die AfD kommt laut Forsa mit 23 Prozent Zustimmung auf ihren besten Wert seit Langem – und liegt

damit nur noch 4 Prozentpunkte hinter der Union. SPD und Union haben jeweils einen Prozentpunkt verloren. Und: Deutlich mehr Menschen, nämlich 58 Prozent der Befragten, meinen jetzt, dass Merz kein guter Kanzler sein wird; davor waren es 52 Prozent, was ohnehin ein wenig schmeichelhafter Ausgangswert war.

In der CSU fürchtet man schon die Kommunalwahl im Frühjahr 2026. Vor Ort kämpfen CSU-Abgeordnete mit enttäuschten Wählerinnen und Wählern. Die Schweinfurter Landtagsabgeordnete Martina Gießübel bestätigt: „Der Unmut der Bürger trifft uns.“ Man müsse jetzt viel „klären und erklären“. Andere berichten von angedrohten und tatsächlichen Parteiaustritten wegen der Schuldenberge. Die Würzburger CSU-Abgeordnete Andrea Behr spricht von einem „Vertrauensverlust“ der Politik.

In der Sitzung der CSU-Landtagsfraktion gab es diese Woche offiziell Rückendeckung für Söders Unterstützung des Schuldenkurses. Neben dem 500-Milliarden-Euro-Paket für Verteidigung seien die 500 Milliarden Euro für Infrastrukturinvestitionen dringend nötig, erklärt CSU-Frau Gießübel. „Die Wirtschaft lahmt, da

muss man jetzt Geld in die Hand nehmen.“ Auch das war bereits vor der Wahl bekannt. Doch CDU und CSU wetteten gegen eine Aufweichung der Schuldenbremse.

Er habe sich da ein bisschen gewundert über Friedrich Merz, sagt der frühere bayerische Finanzminister und CSU-Ehrenvorsitzende Erwin Huber der *Staatszeitung*. „Merz hätte vor der Wahl deutlicher sagen können, dass er die Schuldenbremse lockern will.“ Natürlich gebe es da jetzt „Unruhe an der Basis“. Die Neuverschuldung hält der ehemals strenge Kassenwart für gerechtfertigt – für Verteidigungsausgaben eh. Und Infrastrukturinvestitionen seien ebenfalls erforderlich. Wenn man nötige Sanierungen etwa bei Brücken und Straßen weiter verzögere, „wird es noch teurer“, gibt Huber zu bedenken.

Die nächsten gebrochenen Versprechen samt enttäuschter Wählerschaft zeichnen sich bereits ab: Hatte es jüngst geheißt, man wolle die Mütterrente ausweiten oder die gebeutelte Gastronomie entlasten, so dürfte dies inzwischen unter Vorbehalt stehen. Denn die Grünen haben erreicht, dass im Grundgesetz im Kontext der milliardenteuren Inves-

itionen das Wort „zusätzlich“ stehen wird. Diese Gelder können also nicht einfach für konsumptive Zwecke ausgegeben werden.

Vor der CSU-Landtagsfraktion erklärte Ministerpräsident Markus Söder nach Teilnehmerangaben zwar, die höhere Mütterrente sei sicher. Doch wer weiß schon, was beim Verhandlungspoker mit der SPD am Ende herauskommt. Erwin Huber gibt zu bedenken: „Die 5 Milliarden Euro für die Mütterrente sind kein Klacks.“ Ob man diese und andere Maßnahmen tatsächlich realisieren könne, sei „fraglich“.

Der Passauer Politologe Heinrich Oberreuter allerdings gibt zu bedenken, dass es „schwierig“ werden dürfte, abzugrenzen, was aus dem regulären Etat und was über neue Schulden finanziert wird. „Das werden interessante Debatten“, sagt er voraus.

Auch mit Blick auf den von CDU und CSU angekündigten Sparkurs. Es kursieren diverse Vorschläge: Rente mit 63 abschaffen, Renteneintrittsalter anheben, Bürgergeld reformieren, Migration begrenzen. Klingt nach jeder Menge Streit, schmerzhaften Kompromissen und vielen Enttäuschungen. > WALTRAUD TASCHNER

RSZ Frei 21. März 2025

## Prof. Fritz Vahrenholt - 10.03.25

### Deindustrialisierungsgesetz

Aufgedeckt wurde immerhin, dass das von Bundeskanzler Olaf Scholz im Herbst 2022 verfügte „Machtwort“, demzufolge die letzten drei Kernkraftwerke bis zum 15.4.2023 weiterlaufen sollten, ein zwischen Scholz und Habeck abgekartetes Stück war (mehr dazu von mir können Sie hier bei [Kissler kompakt](#) vom 17.01.2025, ab 1h:26m hören).

Doch dieses Possenspiel hatte auch einen hohen Preis: Für das Stillhalten der Grünen erzwangen diese vom Bundeskanzler, dass das umstrittene [Energieeffizienzgesetz](#) von Rot-Grün-Gelb durch den Bundestag gewunken werden sollte. Es wurde tatsächlich am 19. April 2023 durch das Bundeskabinett verabschiedet, Ende September 2023 vom Bundestag beschlossen und trat am 1. Januar 2024 in Kraft.

CDU/CSU stimmten zwar ihrerseits gegen das Gesetz – aber unter den neuen Mehrheitsverhältnissen nach der Bundestagswahl ist nicht zu erwarten, dass über seine eigentlich zwingend notwendige Aufhebung in der nächsten Legislaturperiode ernsthaft diskutiert werden wird. Schauen wir uns dieses Gesetz also zunächst einmal genauer an, das die Energiepolitik der neuen Regierung unter Führung der CDU maßgeblich bestimmen wird.

Es kann ohne Übertreibung als das deutsche Deindustrialisierungsgesetz bezeichnet werden. Es verfügt, dass der Energieverbrauch in Deutschland bis 2045 um 45 Prozent auf 1.400 Terrawattstunden nahezu halbiert werden soll. Schon bis 2030 sollen 26,5 Prozent weniger Endenergie, also nur noch 1876 Terawattstunden in Deutschland verbraucht werden.

Es ist ein wahres Monstergesetz planwirtschaftlicher Prägung und wird Deutschland, wie wir es kennen, zerstören. Auf 90 Seiten wird minutiös festgelegt, wie viel Prozent in jedem Bundesland Jahr für Jahr an Energie einzusparen ist und welche Einsparziele die Industrie und Haushalte zu erfüllen haben. Als ob in einem Land der Energiehöchstpreise nicht bislang jeder in Industrie und Haushalten versucht hat, Energie einzusparen.

### Schrumpfkurs fürs Land

Nun muss man dazu wissen, dass der Endenergieverbrauch in Deutschland in den letzten 20 Jahren bei etwa 2500 Terawattstunden nahezu konstant geblieben ist (siehe folgende Grafik, Quelle: [Umweltbundesamt](#)), obwohl das [Bruttoinlandsprodukt](#) von 2003 auf 2023 um 87 Prozent angewachsen ist.

## Deutschland als Meister der Effizienz: Energieverbrauch in Deutschland seit 20 Jahren konstant trotz 87 % Wirtschaftswachstum (BIP)



Erst in den letzten drei Jahren ging der Endenergieverbrauch in Deutschland durch die von der Ampelregierung ausgelöste Deindustrialisierung durch Verknappen von Strom- und Gasangeboten auf [2267,5 Terawattstunden](#) im Jahr 2023 zurück.

Dass der Endenergieverbrauch tatsächlich, wie im Gesetz vorgesehen, halbiert wird und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiter wachsen kann, ist völlig ausgeschlossen. Das BIP wird schrumpfen, wie ich weiter unten zeigen werde. Der Bundeskanzler, die SPD und die FDP sind von den Grünen durch das Energieeffizienzgesetz auf einen Schrumpfkurs für unser Land geführt worden, und CDU/CSU werden den nun wohl eher mitgehen als korrigieren.

### Steigender statt sinkender Energieverbrauch

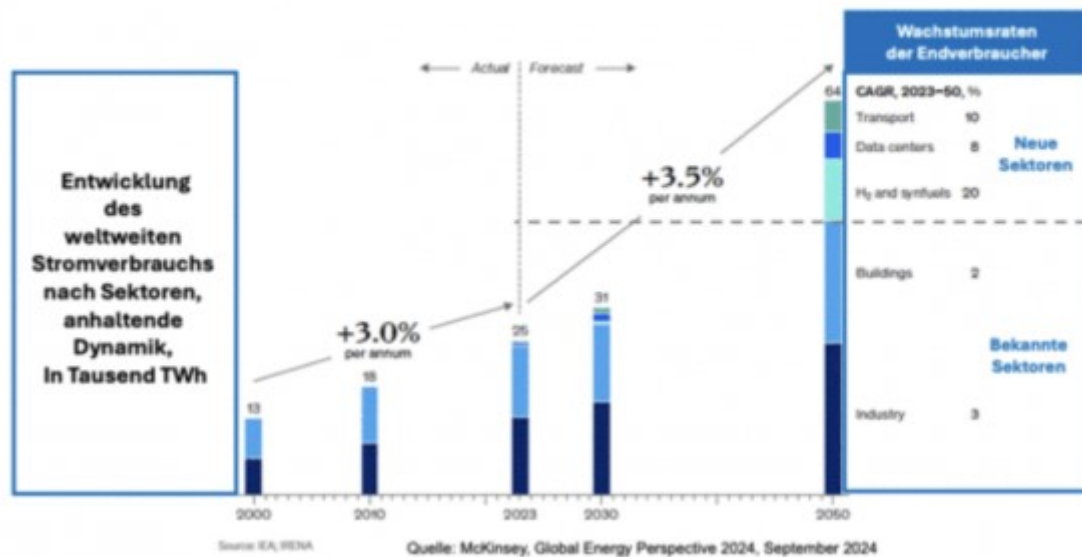
Aber es ist noch viel schlimmer: Wir wissen alle, dass der Energieverbrauch in den nächsten Jahren durch den Einsatz künstlicher Intelligenz, Aufbau von Rechenzentren und zunehmende Digitalisierung steigen wird. Daher wird in den USA alles mobilisiert, um den steigenden Energieverbrauch mit sicherer und preiswerter Energie zu befriedigen, seien es Kernkraftwerke oder fossile Kraftwerke.

Der Ampelregierung ist mit ihrem Energieeffizienzgesetz nur eingefallen, wie man es den Betreibern von Rechenzentren in Deutschland schwerer machen kann: So sollen ab 1. Januar 2024 50 Prozent des Stromverbrauchs der Rechenzentren aus erneuerbaren Energien und ab 2027 (!) 100 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen.

Was machen die Betreiber von Rechenzentren bei Dunkelflaute in Deutschland? Sie werden einen Bogen um Deutschland machen. Der Gesetzgeber kümmert sich nicht darum, Rechenzentren mit möglichst preiswerter Energie zu versorgen, sondern regelt, dass Rechenzentren mit hohem Kostenaufwand die Abwärme nutzen sollen. Auf diese Weise wird der Boom, der durch Künstliche Intelligenz erzeugt werden wird, an Deutschland vorbeigehen.

Deutschland spart sich zum wirtschaftspolitischen Zwerg – das wollten Rot und Grün – und die FDP hat hier kräftig mitgeholfen. Und die Welt wird weiter ihren Wohlstand mit neuer Technologien wachsen lassen und dies mit wachsendem Energieverbrauch bewerkstelligen, wie die [Grafik von McKinsey](#) zeigt:

## Die Energieverbrauch wächst bis 2050 durch neue Sektoren (Mobilität, künstliche Intelligenz) und bekannte Sektoren (Industrie und Gebäude)



### Planwirtschaftliches Einspargesetz

Die Ampelregierung hat mit dem Energieeffizienzgesetz einmal mehr auf das falsche Pferd gesetzt. Das Gesetz hat nämlich gar nichts mit Energieeffizienz zu tun, sondern ist ein brutales, planwirtschaftliches Einspargesetz – ein Weniger-Energieverbrauch-Gesetz und ein Weniger-Wohlstand-Gesetz.

Denn ein Blick zurück zeigt: In allen Ländern der Erde gibt es eine parallele Entwicklung zwischen Wohlstand, Energie- und Stromverbrauch, wie die nächste Grafik zeigt. Auf diesen Zusammenhang bezieht sich die lesenswerte Broschüre „[Bettering human lives](#)“ des neuen US-Energieministers Chris Wright.

Wie sehr Deutschland durch die Ampelregierung auf den rot-grünen Holzweg geraten ist, zeigt eine weitere Grafik von McKinsey, die die

## Entwicklung, Wohlstand und technologischer Fortschritt gehen immer einher mit Wachstum und zunehmendem Energieverbrauch

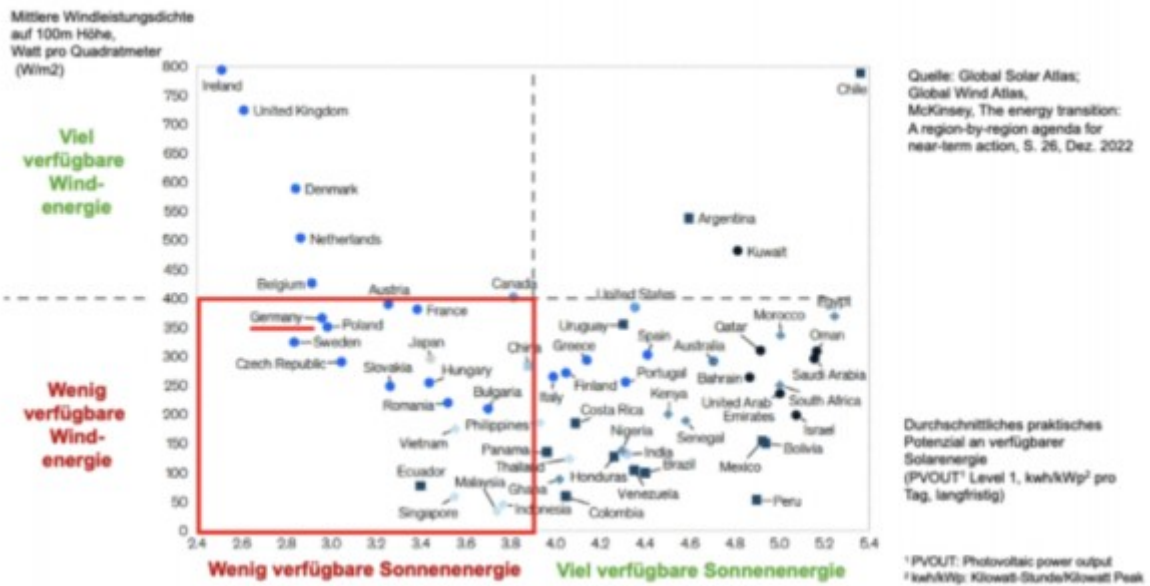


Produktionsbedingungen für Solarenergie und Windenergie weltweit vergleicht. Rechts sind gute Solareinstrahlung und oben gute Windverhältnisse.

Die schlechtesten Bedingungen findet man im unteren linken/roten Quadranten. Und dort finden wir Deutschland, das zu 100 Prozent seiner Energieversorgung durch erneuerbare Energien erzeugen will.

Jetzt versteht man, dass 100 Prozent erneuerbare Energien in Deutschland nur zusammengehen können mit solch einem „Energieverarmungsgesetz“ wie dem Energieeffizienzgesetz. Beides gehört ersatzlos gestrichen, wenn es Deutschland wieder besser gehen soll.

## Verfügbare Wind- und Solarenergie weltweit – Internationaler Ländervergleich



## Blockade der Grünen droht weiter

Warum besteht denn nun keine Aussicht, dass eine neue CDU-geführte Bundesregierung den rot-grünen Holzweg verlassen wird? Zum einen wird sich die SPD als – angesichts der Brandmauer –



einzig in Frage kommender Koalitionspartner dagegen stemmen, von ihr mit beschlossene Gesetze rückgängig zu machen.

Zudem sind CDU/CSU und SPD dann ja nicht nur in der neuen Bundesregierung in einer Koalition, sondern weiterhin auch in Berlin, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Und in Schleswig Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist die CDU mit den Grünen in einer Regierungskoalition.

Diese wiederum sind auch in den Landesregierungen von Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Rheinland Pfalz. Sie können damit im Bundesrat die Stimmabgabe aller diese Länder zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern (SPD-Linke) mit 35 von 69 Stimmen blockieren.

Das macht übrigens auch die Regierungsbildung in Hamburg (3 Stimmen im Bundesrat) nach der jüngsten Bürgerschaftswahl so bedeutend. Nur mit einer SPD-CDU-Koalition in Hamburg könnte die Blockade der Grünen (mit dann nur noch Einfluss auf 32 Stimmen einschl. Mecklenburg-Vorpommern) gebrochen werden.

### **Die Tür zu Grün soll offen bleiben**

Angesichts dieser Konstellationen ist das Verhalten der CDU in der Energie- und Klimapolitik nicht eindeutig. In ihrem Wahlprogramm stand zwar der markige Satz: „Deutschland erlebt eine tiefgreifende De-Industrialisierung. Wir müssen endlich verstehen: Klimaschutz braucht eine starke Wirtschaft.“ Doch im selben Programm ist auch zu lesen, dass an dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 nicht gerüttelt werden soll.

Dabei könnte man nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom März 2021 (siehe dazu mein Buch „[Unanfechtbar?](#)“) auch auf 2050 gehen – das ist zwar ein genauso unsinniges Datum wie 2045, würde aber immerhin fünf Jahre Zeitgewinn verschaffen. Doch Friedrich Merz will diesen Weg nicht gehen.

Es steht zwar zu vermuten, dass er persönlich bei diesem Thema eher kritisch ist und weiß, wie das alles auf die Wirtschaft wirkt. Aber er weiß auch, wie die anderen in der Partei (wie etwa der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie seiner Fraktion, Andreas Jung, der schon als zukünftiger Minister gehandelt wird) denken, und er muss sich immer die Tür zu Grün offen halten.

### **Heiße Lust zum Thema Windkraft**

Entsprechend ambivalent war denn auch das Verhalten der CDU/CSU zu Beginn dieses Jahres zum Thema Windenergie. Am 15. Januar 2025 fand im Deutschen Bundestag eine [Anhörung](#) zum Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion für mehr Steuerung und Akzeptanz beim Windenergieausbau statt.

In diesem Entwurf hieß es: „Der Windenergieausbau gelingt nur mit ambitionierten Zielen und Schaffung von Akzeptanz vor Ort. Hierzu ist ein abgestimmtes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen unerlässlich. Für das Gelingen der Energiewende und eines beschleunigten Ausbaus von erneuerbaren Energien ist dabei von entscheidender Bedeutung, dass die Flächenplanungen vor Ort durch klar ausgewiesene Windenergiegebiete gesteuert werden können. Nur so entsteht eine breite Akzeptanz vor Ort. Dafür braucht es eine bundesrechtliche Lösung. Ohne eine solche Regelung droht das Risiko, dass der Ausbau der Windenergie ins Stocken gerät und an Dynamik verliert.“

Und das von einer Partei, deren Kanzlerkandidat noch im November 2024 in der ZDF-Talkshow bei [Maybrit Illner](#) klargestellt hatte: „Wenn wir alles richtig machen, können wir die Windräder irgendwann wieder abbauen – sie sind hässlich und passen nicht in die Landschaft.“

### „Lex Sauerland“?

Für Merz ist Windkraft in Talkshows nur eine „[Übergangstechnologie](#)“, doch in Wahrheit steckt hinter dem vollmundigen Bekenntnis zum Ausbau der Windenergie der CDU-Initiative im Bundestag eine „Lex Sauerland“ für ihn.

Denn Hintergrund für seinen Vorstoß ist ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster. Dieses hatte Ende September die Regionalplanung für die Windkraft in Nordrhein-Westfalen aufgehoben. In der Folge ist es dort nicht mehr möglich, den Windkraftausbau zu beschränken. In NRW befürchtet man deshalb einen Wildwuchs von Windrädern.

Das Interessanteste aber ist, dass das grüne Wirtschaftsministerium von Robert Habeck bereits [zugesagt](#) hatte, die Initiative von Friedrich Merz zu unterstützen. Potenzielle Koalitionspartner haben sich so schon mal in Zusammenarbeit geübt. Friedrich Merz revanchierte sich auch gleich brav beim Grünen Kollegen und gab im Januar 2025 zu [Protokoll](#), er glaube nicht mehr an die Rückkehr der Atomkraft.

### Weitgehend unbemerkt

Die folgenreichste Unterstützung eines rot-grünen Gesetzentwurfs durch die CDU hat es aber im Deutschen Bundestag am 31. Januar 2025 gegeben. Ausgerechnet an dem Tag, an dem sich CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD eine erbitterte Debatte über den von der CDU eingebrachten Entwurf zum „Zustrombegrenzungsgesetz“ und dessen potenzielle Verabschiedung mit Hilfe der AfD lieferten.

An diesem Tag – und deswegen ist das auch in der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt geblieben – hat die CDU/CSU unmittelbar vor der Befassung mit dem hochexplosiven Thema zusammen mit SPD und Grünen noch ein Gesetz mit dem harmlosen Namen „[TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024](#)“ verabschiedet. Dieses Gesetz ist der Hammer, nur haben es die wenigsten bemerkt. Ein Effekt, über den die beteiligten Parteien bestimmt nicht unglücklich waren ...

Worum es da geht, beschreibt Habecks Ministerium folgendermaßen: „Mit der Verabschiedung kann nunmehr die bereits im Jahr 2023 in Kraft getretene Reform des europäischen Emissionshandels in deutsches Recht umgesetzt und die Grundlagen für dessen Vollzug geschaffen werden. (...) Die Reform des EU-Emissionshandels hat die Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 und einer Netto-Treibhausgasneutralität bis 2050 zum Ziel.“

### Es wird teurer

Der Ökonom und Publizist Hans Martin Esser hat die Folgen im [Cicero](#) so beschrieben: „Was so harmlos daherkommt, ist grundstürzend für die Bewohner Deutschlands, vergleichbar an Einfluss mit der seit zehn Jahren verstärkten Migration – und es geschah weitgehend unbeobachtet.“ (...) Dabei ist damit bereits jetzt klar, dass ab Neujahr 2027 (...) ein Gesetz zur Anwendung gebracht werden soll, das die Inflation antreiben und also Gas-, Öl- und Treibstoffpreise direkt betreffen wird. Außerdem frisst sich dies auch in die Produktions- und letztlich in die Supermarktpreise durch.“

Wie hoch die Teuerungen konkret sein werden, kann im Moment noch niemand exakt sagen.. Die Webseite [Finanztip](#) erwartet zunächst moderate Preissteigerungen von 2,8 Cent pro Liter beim Benzin und 3,2 Cent beim Diesel. Bis 2030 könnte sich der CO<sub>2</sub>-Aufschlag jedoch laut Schätzungen auf 61 Cent pro Liter summieren.

Hans Martin Esser schreibt dazu: „Im Rahmen der Evaluierung haben sich auf nationaler und EU-Ebene bereits Eckdaten ergeben, mit denen man aber geflissentlich nicht an die Öffentlichkeit geht. Es geht dabei darum, bis 2050 klimaneutral zu werden. Aber bereits 2030 ist ein Zwischenziel, das zu erreichen nur funktioniert, wenn der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub> schon am Neujahrstag 2027 bei über 200 (!) Euro liegen wird. Der Liter Super würde in der Sekunde von Silvester auf Neujahr 2027 von rund 1,85 auf ungefähr 2,30 Euro steigen.“

Und für das Heizen eines durchschnittlichen Einfamilienhauses, bei dem im Jahr 30 000 kWh an Gas verbraucht werden, prognostiziert er: „Es entstehen hierbei circa sechs Tonnen Kohlenstoffdioxid jährlich. Nehmen wir also einen CO<sub>2</sub>-Preis von 220 Euro für 2027, von 250 für 2028, 280 für 2029 und von 300 Euro für 2030 an, so wird dies zu einer Mehrbelastung von rund 120 Euro monatlich allein für CO<sub>2</sub> im Bereich Heizen führen.“

### **Die Hoffnung trügt**

Dieses in aller Stille mit Beteiligung von CDU/CSU beschlossene Gesetz birgt also einen gefährlichen Sprengstoff. Dabei hätte das Parlament für die Umsetzung in deutsches Recht von den EU-Vorgaben her Zeit bis 2027 (!) gehabt.

Ohne Not hat man sich jetzt aber kurz vor der Wahl noch festgelegt – zu einem Zeitpunkt, wo es in anderen Ländern wie in der Slowakei, in Tschechien, in Polen schon wachsende Widerstände gegen das Gesetz gibt.

Die Hoffnung, dass sich der rot-grüne Kurs der Energiepolitik in den wirtschaftlichen Abgrund und die Verarmung der Bevölkerung nach den Wahlen unter einer von CDU/CSU geführten Bundesregierung ändern wird: Allem Anschein nach trügt sie. Wer es sich mit niemandem verderben will, kann keine Kurskorrektur hinbekommen.

Der FDP-Abgeordnete Michael Kruse hatte in der Debatte über das Gesetz angemerkt: „Die ‚schwarzrotgrüne Koalition‘ steht.“ Und es steht zu befürchten, dass sich daran auch mit den Grünen in der Opposition nicht Entscheidendes ändern wird.



## Die Rebellchen der Union

### Julian Marius Plutz - 11.03.25

Nach der Finanzkrise 2008 gerieten mehrere südeuropäische Länder, allen voran Griechenland, in eine bis dato nie dagewesene Schuldenkrise. Um die Zahlungsfähigkeit dieser Länder vorgeblich zu sichern, beschloss die EU milliarden schwere Hilfsprogramme auf Kosten der Steuerzahler, an denen auch Deutschland maßgeblich beteiligt war. Diese Programme wurden von der Bundesregierung unter Angela Merkel mitgetragen, fanden aber nicht in allen Reihen von CDU/CSU Zustimmung.

Neben Wolfgang Bosbach und Klaus-Peter Willsch aus den Reihen der Christdemokraten regte sich auch in der CSU in persona von Peter Gauweiler und Norbert Geis erheblicher Widerstand. Ihr Argument war klar: Die Euro-Rettungspakete waren ein offener Vertragsbruch und der Beginn einer schleichenden Transferunion. Die No-Bailout-Klausel des Maastricht-Vertrags wurde ignoriert. Statt Eigenverantwortung durften Pleitestaaten munter weitermachen, während Deutschland zur Dauerzahlstelle Europas wurde. Statt notwendiger Reformen gab es Milliardenhilfen, die nicht die Ursachen der Krise bekämpften, sondern marode Haushalte künstlich am Leben hielten. Ein Freifahrtschein für Schuldenmacher – bezahlt von den Steuerzahlern der stabilen Länder.

In diesen Tagen tagen Union, SPD und skurrilerweise auch die Grünen, um eine schwarz-rote Regierung möglich zu machen. Was die Partei um Robert Habeck am Verhandlungstisch zu suchen hat, bleibt ein Geheimnis und ist nur damit zu erklären, dass man am liebsten alles mit den Grünen machen will, koste es, was es wolle. Wobei der Unterschied auch ohne Baerbock und Co. marginal zu sein scheint, übernehmen doch die beiden anderen Parteien willfährig grüne Forderungen.

#### **„Lieber bequeme Schulden als unbequeme Reformen“**

In einer beeindruckenden Kehrtwende beweist nun Friedrich Merz, wie simpel seine Versprechen vor der Wahl nach der Wahl auf Kosten der Glaubwürdigkeit ausgehebelt werden. Zunächst behauptete der Sauerländer keine 24 Stunden nach der Wahl, er hätte nie die Absicht gehabt, die Grenzen zu schließen, obgleich er und sein Kader im Wahlkampf Gegenteiliges verlauten ließen. Und nun sieht es danach aus, dass er die Schuldenbremse ausweiten will, vorgeblich um die Ukraine in einem ausweglosen Krieg zu unterstützen – eine Unterstützung, die die USA nach einer denkwürdigen Pressekonferenz mit Selenskyj vorerst einstellt.

Doch sogar in der Union, die immer, wenn das Kanzleramt winkt, eine erschreckliche Burgfrieden-Mentalität ausruft, regt sich Widerstand. „Aus Sicht der jungen Generation ist das ein harter Schlag für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei Staatsfinanzen, weil die Botschaft ist: Lieber bequeme Schulden als unbequeme Reformen“, sagte der Vorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, gegenüber dem *Tagesspiegel*. So ist der Politiker der Ansicht, dass dies eine krasse Niederlage für die Union gleich zu Beginn der Verhandlungen mit der SPD sei, da es seitens der Sozialdemokraten keine Gegenleistung gegeben hätte. „Die Union muss bei Migration, Wirtschaft, auch bei der Rente nun liefern“, fordert der JU-Chef.

#### **Schulden machen first – Bedenken second**

Ein weiterer Schuldenbremsen-Rebell scheint auch der CDU-Politiker Thomas Heilmann zu sein. Der Jurist hat kraft seiner Profession verfassungsrechtliche Bedenken. Gegenüber *The Pioneer* bezeichnet er das beschleunigte Verfahren zur Grundgesetzänderung, was Sondervermögen und Schuldenbremse angeht, als „juristisch fragwürdig“ und „verfassungsrechtlich sehr gefährlich“. Sein Hauptgrund zur Kritik ist – was man auch aus der sogenannten Euro-Rettung kannte – die Tatsache, dass die Beratungszeit zu kurz für eine durchdachte Entscheidung ist.

Zwar stimmt es, dass das Grundgesetz in Artikel 76 die Möglichkeit vorsieht, Beratungszeiten von Bundestag und Bundesrat zu verkürzen – doch nur, wenn die Regierungsvorlage „ausnahmsweise als besonders eilbedürftig bezeichnet“ werden kann. Dies sieht der Jurist Heilmann nicht, da der aktuelle Bundestag höchstens bis zum 25. März über ein vollständiges Mandat verfügt. Daher sei eine „maximal mögliche Beratungsdauer“ ohne Probleme realisierbar.

Anders gesagt: Das Vorhaben der möglichen künftigen schwarz-roten Koalition versucht, den alten Bundestag dahingehend zu missbrauchen, dass er auf die Schnelle Schulden über Jahre auf Kosten der jungen Generation macht, obwohl der neue Bundestag bereits legitimiert ist und mit dem aktuellen Mandat des Souveräns diese Entscheidung in Ruhe abwägen und prüfen könnte. Diese himmelschreiende Dreistigkeit am Wählerwillen vorbei – denn im neuen Bundestag gäbe es eine oppositionelle Sperrminorität, was grundgesetzliche Änderungen angeht – zeigt einmal mehr die kaum erträgliche Abgehobenheit der Herrschenden. Alles ist möglich, was im ersten Moment legal erscheint. Schulden machen first – Bedenken second.

### **Die Union regiert zielsicher am Volk vorbei**

Seichte Kritik kommt auch vom ehemaligen Euro-Rebellen Wolfgang Bosbach. Doch der CDU-Politiker hat längst kein Amt mehr. Die Union-Rebellchen sind wie ein Papiertiger im Zeitalter der Digitalisierung. Ihre Kritik ist zwar korrekt, aber zu wenig, zu spät, zu leise und zu zaghaft. Merz scheint mit Dobrindt, Klingbeil und – Gott weiß warum – mit Dröge und Haßelmann unter allen Umständen demokratiefeindliche Tatsachen schaffen zu wollen. Damit bleibt die Union das, was sie immer war: ein Kanzlerwahlverein, dessen einziges Ziel er selbst ist – seine Posten, seine Limousine mit Fahrer, seine Macht und sein Ressort.

Dabei handelt Friedrich Merz im Kern nicht anders als sein verhasster Vorgänger Angela Merkel. Merkel war bekannt dafür, dass ihre Politik so gut wie ausschließlich an aktuellen Umfragen festzumachen war. Laut einer Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag der ARD halten 68 Prozent der Unionswähler es für richtig, wenn Deutschland „deutlich mehr Schulden“ aufnimmt. Spätestens damit tritt Friedrich Merz in die Fußstapfen der Frau, die ihn einst politisch kaltgestellt hat. Das muss man sich mal vorstellen.

Und so hatten die Euro-Rebellen ebenso wenig Erfolg, was die sogenannte Griechenland-Rettung anging, wie die Union-Rebellchen auch keinen Erfolg haben werden, was die Schuldenbremse angeht. Eines kann sich der geneigte Unionswähler sicher sein: Verlässt man sich auf CDU oder CSU, dann ist die Chance hoch, verlassen zu werden.

Angesichts der innenpolitischen, aber vor allem der außenpolitischen Herausforderungen ist das Vorgehen von Friedrich Merz zutiefst toxisch. Diese Regierung – sofern sie überhaupt zustande kommt – wird es schwer haben. Denn sie regiert zielsicher am Volk vorbei. Und am Ende des Tages, bei der nächsten Wahl, die möglicherweise früher kommt als in vier Jahren, braucht sich keiner zu wundern, wenn die politischen Ränder noch stärker werden.

## Meine kürzlich veröffentlichten Leserbriefe:

**Kein grundsätzlicher Politwechsel erwartet**  
Gewählt haben die Bürger in Deutschland mit überzeugender Mehrheit eine Mitte-Rechts-Regierung unter Führung der CDU. Damit haben die deutschen Wähler den Brandmauer-Parteien noch einmal Gelegenheit gegeben, eine Regierung zu bilden. Kurz vor der Wahl hat Friedrich Merz ein Fünf-Punkte-Programm vorgelegt, das inhaltlich viel Übereinstimmung zum AfD-Wahlprogramm hat.

Voraussagen kann man schon heute: Wenn kein grundsätzlicher Politwechsel stattfindet und die versprochenen Änderungen kommen, wird bei der nächsten Wahl die Parteienlandschaft auf den Kopf gestellt. Ähnliches ist ja schon in Ländern wie Frankreich und Italien passiert, wo die früher dominierenden Parteien heute keine Rolle mehr spielen. Aktuell sieht es aber so aus, als ob Merz und die CDU mit Hilfe der SPD die falsche Politik von Merkel und Scholz weiterführen, was für unser Land fatal wäre. Gravierend ist der Niedergang der SPD, was kein Wunder ist, wenn man sich eine Parteivorsitzende leistet, die im Kreistag von Calw über eine Hinterbänkler-Rolle nicht hinauskam und bei ihren aktuellen Auftritten linksradikale Sprüche von sich gibt.

Noch schlimmer hat es meine Partei, die FDP, getroffen, die mit ihrer Wechsellpolitik zwischen sozial- und wirtschaftsliberal bei vielen Stammwählern das Vertrauen verloren hat und jetzt vor einem selbstverschuldeten Scherbenhaufen steht. Gut für die deutsche Gesellschaft und auch für die FDP wäre, wenn sie sich auf ihre Kernkompetenzen konzentriert und das verlorene Vertrauen zurückgewinnt.

KARL BRAUN, HAITERBACH

## Unvergleichlicher Wahlbetrug

Kurz vor der Wahl hat Friedrich Merz seinen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt und im Fall seiner Wahl eine radikale Politikwende versprochen. Kurz nach der Wahl hat er seine Versprechen in Richtung Politikwende gleich wieder einkassiert. Um sein Ziel zu erreichen, endlich (ohne Beihilfe der AfD) Bundeskanzler zu werden, hat er sich von der SPD erpressen lassen und die von der SPD geforderte Schuldenpolitik ins Regierungsprogramm aufgenommen. Weil er vor der Regierungsbildung auch die Zustimmung der Grünen brauchte, hat er auch deren Wünsche übernommen. Geblieben ist, statt einer Politikwende, eine Fortführung der desolaten Merkel-Scholz-Politik. Für Friedrich Merz heißt das, er hat einen Wahlbetrug begangen, der in der Geschichte Deutschlands in dieser Größenordnung einmalig ist. Für ihn persönlich bedeutet es, er hat seine Glaubwürdigkeit komplett eingebüßt.

Die getäuschten Bürger werden das, mit Wohlstandsverlust, Inflation und ihrem Lebensunterhalt teuer bezahlen. Noch schlimmer trifft es die Älteren, die ihr Leben lang gespart haben, um fürs Alter vorzusorgen. Sie müssen jetzt zusehen, wie Ihre Ersparnisse wie Butter in der Sonne schmelzen und über kurz oder lang ihre Rücklagen weg sind, ohne daß sie davon etwas persönlich verbrauchen.

KARL BRAUN, HAITERBACH